Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus
Friedensplatz 1, 44122 Dortmund
Fon: 0231 - 5022078
Fax: 0231 - 5022094
www.gruene-do.de

An die
Medien

Dortmund

28.08.07

PRESSEMITTEILUNG

Sicherheit im Dortmunder Hafen

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf über die Sicherheit in Häfen und Hafenanlagen im Land NRW auf den Weg gebracht. Hintergrund ist die Befürchtung von „sicherheitsrelevanten Ereignissen infolge terroristischer Handlungen“. Die EU verlangt Maßnahmen zur Erhöhung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Häfen. Die Landesregierung strickt daraus eine Gesetz, das die Kosten und Lasten abwälzt, dafür aber in ungeheurem Maße bürokratische Hürden und Vorschriften etabliert, die eine Hafen GmbH wie in Dortmund nahezu handlungsunfähig machen können.

Mario Krüger, GRÜNER Fraktionsvorsitzender und Aufsichtsratsvorsitzender der Hafen AG: „Eine Umsetzung dieser Regelungen würde in letzter Konsequenz zu einer kompletten Einzäunung des Hafengebietes führen, Eingangs - und Ausgangstore notwendig machen sowie eine regelmäßige Sicherheitsüberprüfung aller im Hafen Beschäftigter erfordern.

Absurd ist alleine die Tatsache, dass der Hafen Dortmund nur wegen einer einzigen Anlage von der Richtlinie der EU betroffen ist, da diese im Jahr 2-5 Küstenmotorschiffe mit Metallabfällen nach England abfertigt. Das alleine ist schon

Grund genug, in einem Gesetzentwurf auf solche Grenzfälle eines Binnenhafens einzugehen, dessen Betreiberschaft zudem noch zu definieren wäre. Die Wasserfläche und ca. 5 % der Landflächen sind im Eigentum der Dortmunder Hafen AG, weitere 5% der Landfläche sind Eisenbahnverkehrsflächen, 90% der Flächen sind im Eigentum der Stadt. Wer also soll die nicht unerheblichen Kosten übernehmen, die der Betreiber des Hafens zu leisten hat, wenn er die vorgeschriebenen Maßnahmen umsetzt?

Die Notwendigkeit eines Plans zur Gefahrenabwehr ist ebenfalls zu hinterfragen. Wenn es um die Verhinderung terroristischer Angriffe geht, so handelt es sich um eine staatliche Aufgabe und keine, die privaten Unternehmen übertragen werden darf.

Es gibt eine Vielzahl von Festlegungen, die in dieser Form weder durchdacht noch notwendig sind. Die schwarz-gelbe Landesregierung beschert uns Gesetze, die keinen Fortschritt sondern nur zusätzliche Belastungen bringen. Wir werden auf Landesebene darauf dringen, dass dieses Gesetz nicht umgesetzt wird.“